



Kanton Bern
Canton de Berne

Geschäftsbericht

Jahr 2022



1	Einführung	2
2	Führungsunterstützung und Services (FUS)	4
3	Human Resources (HR)	6
4	Migrationsdienst (MID)	9
5	Pass- und Identitätskartendienst (PID)	12
6	Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst (ZBD)	14

1. Einführung

Sehr geehrte Leserinnen und Leser

Das Amt für Bevölkerungsdienste (ABEV) schaut zurück auf ein so aussergewöhnliches wie erfolgreiches Jahr. Grund genug, Ihnen mit dem vorliegenden Geschäftsbericht einen Einblick in unsere vielfältigen Arbeitsfelder zu ermöglichen, die täglichen wie auch nicht ganz alltäglichen Herausforderungen aufzuzeigen und die Verwaltungsarbeit unseres Amtes transparent und greifbar zu machen. Im Vordergrund steht dabei aber kein erschöpfender Tätigkeitsbericht. Vielmehr haben wir uns wie schon in den Vorjahren für eine inhaltliche Flughöhe entschieden, die Ihnen als Leserinnen und Lesern – und in vielen Fällen auch Kundinnen und Kunden unseres Amtes – den Blick auf die für Sie wesentlichen Aspekte unserer Aufgaben erlaubt.

Das vergangene Jahr war in allen Abteilungen des ABEV geprägt von hohem Arbeitsvolumen. Beispielhaft verarbeitete der Migrationsdienst (MIDI) beeindruckende 188'000 Posteingänge, erstellte nahezu 70'000 Ausweisdokumente für Ausländerinnen und Ausländer und nahm erfolgreich zwei neue Rückkehrzentren für rechtskräftig weggewiesene Asylsuchende in Betrieb. Der Pass- und Identitätskartendienst (PID) erreichte ein bemerkenswertes Allzeithoch, indem er über 240'000 Ausweisdokumente ausstellte und mehr als 175'000 Vorsprachetermine an Kundinnen und Kunden vergab. Der Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst (ZBD) dokumentierte über 46'000 personenstandsrelevante Geschäftsfälle, darunter 10'269 Geburten und 10'516 Todesfälle. Diese eindrucksvollen Zahlen sind Zeugnis sowohl von der grossen Effizienz wie auch der thematischen Vielfalt unseres Amtes. Wenn Sie diese Zahlen und Fakten also neugierig gemacht haben, lade ich Sie herzlich ein, die Abteilungen des ABEV auf den folgenden Seiten näher kennenzulernen und gemeinsam mit ihnen auf eine Reise durch das vergangene Jahr zu gehen.

In Ergänzung zum anspruchsvollen Tagesgeschäft hat das ABEV mit der Durchführung eines Pilotprojekts wichtige Grundlagenarbeit im Digitalisierungsbereich geleistet: Mit dem Ziel der Effizienzsteigerung und des Abbaus von Medienbrüchen wurden hier wertvolle Erkenntnisse über prozessspezifische Digitalisierungspotenziale gewonnen. Entscheidend für den Erfolg des Projekts war die Bereitschaft der Abteilungen, fachliche Fragen über den eigenen Horizont hinaus zu betrachten und im Zuge dessen die eigenen Prozesse kritisch zu hinterfragen. Um in den kommenden Jahren eine kohärente Digitalisierungsstrategie zu gewährleisten, streben wir eine kontinuierliche Vertiefung der Pilotergebnisse an. Ich bin fest davon überzeugt, mit dieser Roadmap über das Rüstzeug auf dem Weg zu einer zunehmend digitalen Verwaltung zu verfügen. Dabei steht – gerade hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen künstlicher Intelligenz – ausser Frage, dass unsere Kreativität, Anpassungsfähigkeit und –bereitschaft weiterhin stark gefordert sein werden.

In einem volatilen Arbeitsumfeld war und ist es oft schwierig, zukünftige Entwicklungen zu antizipieren: Wo wir in einem Moment nach den Pandemie Jahren etwas durchatmen konnten, wurden wir im nächsten von den Auswirkungen des Ukrainekrieges eingeholt. Davon sicherlich nicht unbeeindruckt, wohl aber stets professionell haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im vergangenen Jahr hervorragende Arbeit geleistet und dabei alltägliche und ausserordentliche Herausforderungen bewältigt. Es ist diesem wertvollen Einsatz zu verdanken, dass das ABEV als verlässliche, krisenresistente und dienstleistungsorientierte Behörde wahrgenommen wird. Die Resilienz und hohe Motivation, mit der unsere Kernaufgaben trotz der bisweilen kritischen Beobachtung durch Öffentlichkeit, Medien und Politik erfüllt wurden, verdienen meine Hochachtung.

Werfen Sie also mit uns einen Blick zurück auf ein bewegendes Geschäftsjahr und hinter die Kulissen des ABEV. Ich bin mir sicher, dass Sie auf den kommenden Seiten die Energie und den Enthusiasmus spüren werden, mit der das ABEV jeden Tag daran arbeitet, der Bevölkerung des Kantons Bern seine Dienstleistungen zugänglich zu machen.

Beste Grüsse



Ihr Markus Aeschlimann
Geschäftsleiter ABEV





2. Führungsunterstützung und Services (FUS)

In Ergänzung zum Tagesgeschäft nahm die Projektarbeit in allen Fachbereichen der Abteilung grossen Raum ein, das Service Management fasste im Amt weiter Fuss. Die per 1. Januar 2023 geplante Einführung von SAP® beanspruchte die Finanzen auch im zurückliegenden Geschäftsjahr, während die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema «Nothilfe» FUS im Bereich der Öffentlichkeits- und Medienarbeit auch 2022 bestimmte.

Vorbereitung auf SAP® und Projektarbeit Finanzen

Im zurückliegenden Jahr arbeiteten sich die neuen Teammitglieder der Finanzen weiter in ihre vielfältigen Arbeitsgebiete ein. Besonders herausfordernd war dabei, dass sich die Einführung zu Beginn auf die optimale Nutzung des etablierten Buchhaltungssystems FIS konzentrierte, das aber bereits per 1. Januar 2023 durch SAP® abgelöst werden soll. Die damit zusammenhängenden, intensiven Vorbereitungsarbeiten beanspruchten das gesamte Team stark: So war der Bereich massgeblich an den Testarbeiten beteiligt und übernahm dahingehend zahlreiche Aufträge, oftmals unter Zeitdruck. In Ergänzung zum Tagesgeschäft erwies sich dies als schwierig, da auch noch kurz vor der Einführung des neuen Buchhaltungssystems verschiedene Unklarheiten hinsichtlich des Systemablaufs, der relevanten Prozesse und der erforderlichen Berechtigungen auf Amtsebene bestanden. Trotz dieser Herausforderungen konnte das operative Kerngeschäft

aufgrund der hohen Flexibilität und Einsatzbereitschaft des Finanzteams stets aufrechterhalten werden.

In Ergänzung zum Tagesbetrieb und der Vorbereitung SAP® stand in den Finanzen auch die Projektarbeit im Vordergrund: Im Zuge der Entscheidung des Bundes, den direkten Rechnungsausdruck im Jahresverlauf 2023 einzustellen, implementierten die Finanzen im zurückliegenden Jahr eine erweiterte Version des ABACUS-Systems. Dieser Prozess brachte einige Hürden mit sich, insbesondere bei der Erstellung der Monatsrechnungen für die Gemeinden. Um diesen veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden, mussten die Finanzen die entsprechenden Prozesse – insbesondere den Ablauf zwischen MIDI und Finanzen – überarbeiten und teilweise neu konzipieren. Auch die Umsetzung des Online-Payment-Projekts beanspruchte beträchtliche Ressourcen. Gerade bei der Erstellung der Monatsabschlüsse traten unvorhergesehene Schwierigkeiten auf. Dies hatte zur Folge, dass die Finanzen zusätzlichen Aufwand leisten mussten, um die Kontoauszüge abzugleichen und Zahlungen zu identifizieren. Per Ende 2022 funktionierte dieser Prozess zwar noch nicht reibungslos, nach der Vornahme verschiedener Optimierungen kann aber von einer erfolgreichen Einführung im kommenden Jahr 2023 ausgegangen werden.

Aufwand und Ertrag nach Sachgruppen 2022

Sachgruppe	Betrag in CHF
30 Personalaufwand	26'716'890.95
31 Sach-/ übriger Betriebsaufwand	5'244'802.35
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	172'801.00
34 Finanzaufwand	73'640.43
36 Transferaufwand	16'591'863.55
37 Durchlaufende Beiträge	2'381.80
39 Interne Verrechnungen	2'419'586.69
42 Entgelte	-21'010'460.23
43 Verschiedene Erträge	-169.55
44 Finanzertrag	-1'699.00
46 Transferertrag	-16'273'983.24
47 Durchlaufende Beiträge	-2'281.80
49 Interne Verrechnungen	-2'995.45
Saldo	13'930'277.50

Ausbau Service Management und Infrastruktur

Im Bereich First-Level-Support vertiefte die IT die Zusammenarbeit mit dem KAIO im zurückliegenden Jahr weiter und bereinigte bestehende Schnittstellen (Total an das KAIO gerichtete Anfragen: 1'973). Durch die zunehmend trennscharfe Aufgabenteilung konnte das amtsinterne Servicemanagement konsequent an den Bedürfnissen der Abteilungen ausgerichtet werden. So begleitete die IT im zurückliegenden Jahr verschiedene Projekte, die die kontinuierliche Bemühung zur Modernisierung und Effizienzsteigerung im ABEV widerspiegeln: Im Rahmen der Ablösung der Fachapplikation PendenZA unterstützte das Servicemanagement den ZBD bei der Ausschreibung der neuen Fachapplikation, auch die Einführung des Online-Payment-Systems war ein bedeutender Schritt in Richtung einer zeitgemässen und bürgerfreundlichen Dienstleistungserbringung des ABEV. Darüber hinaus entwickelte das Servicemanagement in Zusammenarbeit mit dem MIDI und CKR kurzfristig eine technische Lösung, um die Umsetzung der Barauszahlung von privatuntergebrachten Personen mit Wegweisungsentscheid am Hauptstandort des ABEV gewährleisten zu können. Bis der Prozess in der Neuen Fachapplikation Migration (NFAM) abgebildet wird, steht dem MIDI somit eine tragbare, technisch zugängliche Übergangslösung zur Verfügung.

Die Zuweisung von ukrainischen Schutzbedürftigen an den Kanton Bern machte sich auch in der Logistik bemerkbar: Um die Erstellung von S-Ausweisen in der notwendigen Quantität zu gewährleisten, baute die Logistik zusammen mit dem PID die Infrastruktur für das Pop-Up-Zentrum in Thun auf. Zeitgleich begleiteten die betroffenen Mitarbeiter den Rollout der neuen Biometrie-Erfassungsstationen in allen sieben Ausweiszentren und nahmen – wo notwendig – bauliche Anpassungen vor. Da der Bund für Babys und Kleinkinder keine zeitnahe Lösung zur Verfügung stellen konnte, entwickelten IT und Logistik in enger Absprache mit dem PID eigene Baby-Erfassungsstationen. Dass diese deutlich günstiger in der Herstellung und der Wartung als diejenigen des Bundes sind, war ein willkommener Nebeneffekt der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit.

NKVF-Debatten im Grossen Rat und Weisungsrevision

Im Februar 2022 publizierte die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) einen Untersuchungsbericht, in welchem sie sich in Teilen kritisch mit der Ausrichtung der Nothilfe in den kantonalen Rückkehrzentren (RZB) auseinandersetzte. Das Echo auf den Bericht liess nicht lange auf sich warten: Einerseits wurde das Thema medial breit rezipiert, was sich in der auf den Bereich Nothilfe fokussierenden Anzahl Medienanfragen niederschlug; andererseits setzte sich auch der Grosse Rat mit dem Bericht auseinander. Hier stach insbesondere die fraktionsübergreifende Motion «Menschenwürdige Bedingungen auch für abgewiesene Asylsuchende» hervor, die die Mehrheit der NKVF-Empfehlungen aufgriff und deren Umsetzung in den Nothilfestrukturen forderte. Der Regierungsrat führte in seiner Antwort aus, dass es sich beim Bericht der NKVF weder um ein Rechtsgutachten oder einen Gerichtsentscheid handle, sondern um rechtlich nicht bindende Empfehlungen – die darüber hinaus in der Praxis schon umfassend berücksichtigt würden. Der Grosse Rat folgte dem Antrag des Regierungsrats mit deutlicher Mehrheit, den Vorstoss als Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben (Annahme als Postulat: 89 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen; Annahme Abschreibung: 88 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen). Auch bei den weiteren, in ihrem Inhalt den NKVF-Bericht betreffenden Vorstössen entsprach der Grosse Rat den Anträgen des Regierungsrats. Die aus Sicht der Sicherheitsdirektion (SID) positiven Abstimmungsergebnisse des Grossen Rats können als Bestätigung gewertet werden, dass die Grundzüge der Ausrichtung der Nothilfe im Kanton Bern mehrheitlich unbestritten sind. Dass die SID mit der Durchführung eines Medienanlasses und eines Tages der offenen Tür im RZB Enggstein einen Einblick in den Betriebsalltag ermöglichte und auch den direkten Austausch mit kritischen Stimmen nicht scheute, dürfte sich positiv auf diese Entwicklung ausgeübt haben.

Medienanfragen nach Themengebiet (Total/Jahr)

Thema	2022
Zivilstand	74
Nothilfe und Rückkehr	57
Einreise und Aufenthalt	10
Arbeit	8
Pass und ID	3
Total	152

Abgestützt auf die Forderung der Motion «Nothilfe auch für privat untergebrachte abgewiesene Asylsuchende ausrichten und Kosten sparen» beschloss der Grosse Rat am 9. März 2022 die Änderung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylG). Damit schuf er die gesetzliche Grundlage, damit die Nothilfe auch an bei Privatpersonen untergebrachte Weggewiesene ausgerichtet werden kann. Die angepassten Gesetzesbestimmungen traten per 1. November 2022 in Kraft. Neben der Organisation der Nothilfeauszahlung unterstützte FUS den MIDI auch im Bereich der Überarbeitung der Nothilfeweisung: Die Revision fokussierte auf die Ergänzung der anspruchsberechtigten Personen und die Grundzüge der Bargeldauszahlung an bei Privatpersonen untergebrachte Weggewiesene. Zusätzlich wurden die zurückliegenden Betriebserfahrungen zum Anlass genommen, im Austausch mit dem MIDI und der ORS Präzisierungen zu operativen Fragen – etwa zur Gewährleistung des Grundschulunterrichts oder zur Umsetzung des Belegungsmanagements – vorzunehmen.

3. Human Resources (HR)



Per Jahresanfang 2022 konnte im ABEV das Vorgesetztenfeedback erfolgreich durchgeführt werden. Neben der kontinuierlichen Weiterentwicklung des HR-Grundauftrags wurde das bestehende Dienstleistungsportfolio weiter vertieft. Weiter trafen die Angebote des ABEV-internen Aus- und Weiterbildungsangebots auf grosses Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Weiterentwicklung der bestehenden HR-Instrumente

Mit einer umfassenden Mitarbeiterinformation initialisierte HR zu Jahresbeginn die Durchführung des ersten Vorgesetztenfeedbacks im ABEV. Anlässlich der amtsweiten Befragung gaben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf freiwilliger Basis eine Einschätzung zur Führungsarbeit ihrer Vorgesetzten ab, die ihrerseits ihre eigene Führungsarbeit reflektierten. Insgesamt füllten 93 % aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Vorgesetzten den Fragebogen aus – ein ausgezeichneter Wert für den ersten Erhebungslauf. In der Folge wertete eine externe Vertragsnehmerin die Umfrageergebnisse aus und bereitete diese für die Ergebnisdiskussion in den Teams auf. Das Vorgesetztenfeedback wird zukünftig rund alle drei Jahre durchgeführt werden und zielt darauf ab, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams nachhaltig und gezielt weiterzuentwickeln.

Erfolgreiche Rekrutierungen

Nach Ausbruch des Ukrainekrieges stieg der Personalbedarf im ABEV im Zusammenhang mit der Ausstellung von S-Ausweisen für ukrainische Schutzbedürftige innert kürzester Zeit sprunghaft an. Als Folge dessen unterstützte HR bei der kurzfristigen Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um die zeitnahe Ausweisbearbeitung ohne Einschränkung gewährleisten zu können. Durch die Neurekrutierungen wurden die Ausweiszentren gerade in den ersten Monaten mit hohen Antragszahlen in der Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben optimal entlastet.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen entschied der Vorstand der Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM), dass die bestehende Geschäftsstelle weiterhin am Hauptstandort des ABEV geführt und ausgebaut werden soll. 2022 konnte die neu aufgestellte Geschäftsstelle der VKM ihre Arbeit an der Ostermundigenstrasse aufnehmen. HR begleitete diesen Prozess von Beginn an bis zur erfolgreichen Anstellung der VKM-Geschäftsstellenleitung.

Vorbereitung Einführung SAP® und Weiterentwicklung Supportprozesse

Die per 1. Januar 2023 geplante, kantonsweite Einführung von SAP® beschäftigte HR auch 2022: Im Mai nahm HR die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des Personalfachmoduls HCM in Angriff. In den Folgemonaten wirkten die HR-Mitarbeiterinnen an diversen Schulungen mit und spielten eine Vielzahl von Testfällen durch. Mit Blick auf eine optimale SAP®-Integration überarbeitete HR parallel die amtsinternen Personalprozesse. Auch die Zeit- und Spesenerfassung wurde auf die anstehende Systemumstellung und gleichzeitige Revision der Personalverordnung ausgerichtet und umgestellt.

Um zukünftig eine möglichst effiziente Nutzung von SAP® gewährleisten zu können, treibt die Direktion das Projekt «Weiterentwicklung der Supportprozesse SID» voran. Vorerst werden die bestehenden Supportprozesse ämterübergreifend optimiert und Redundanzen beseitigt, voraussichtlich ab 2025 werden die Supportprozesse in einem Dienstleistungszentrum konsolidiert. In den Sommermonaten wirkte HR im Rahmen des Projekts am HR-Arbeitspaket mit und stellte die lückenlose Interessenvertretung des ABEV im Personalbereich sicher.

Ausbau des Aus- und Weiterbildungsangebots

Bereits 2021 bot HR die ersten Brownbag-Veranstaltungen und Weiterbildungstage im ABEV an. Im zurückliegenden Jahr haben die HR-Mitarbeiterinnen intensiv daran gearbeitet, das Programm «ABEV Bildung» zu entwickeln, mit dem bestehenden Angebot zu verknüpfen und dieses weiter auszubauen. Das damit verbundene Ziel war und ist es, die HR-Dienstleistungen auch in diesem Bereich noch stärker an den Bedürfnissen der Vorgesetzten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszurichten. Mit einer sorgfältigen Bedarfsanalyse und einer engen Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fachbereichen stellte HR sicher, dass die neuen Ausbildungsinhalte fachlich relevant und praxisnah sind. Erfreulich war in diesem Zusammenhang, dass das ABEV-Angebot auch bei anderen Ämtern der SID auf Interesse stiess – so durfte das ABEV zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BSM und SVSA in seinen Brownbag-Veranstaltungen und Seminaren begrüßen. Die positiven Rückmeldungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstreichen die grosse Beliebtheit des Ausbildungsprogramms.

Zeitgleich konzipierte HR eine Weiterbildungsreihe zum Thema «Interkulturelle Kompetenzen», die erste Veranstaltung wurde Ende 2022 in Form eines Webinars durchgeführt. Das mit der Weiterbildungsreihe verbundene Ziel ist, den ABEV-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeitern die notwendigen Kompetenzen und Kenntnisse näherzubringen, um in einer zunehmend anspruchsvollen, diversen Arbeitswelt erfolgreich agieren zu können.

Unter dem Titel «Starke Führung» folgten im Herbst die extern begleiteten Kader- und Führungstage. Im Rahmen der Veranstaltungen reflektierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der eigenen Führungsarbeit und konnten – in Ergänzung zum Vorgesetztenfeedback – auch ihr eigenes Führungsverständnis unter die Lupe nehmen.

HR-Kennzahlen ABEV (Stand per Jahresende)

	2022	2021
Anzahl MA	262	253
Anzahl FTE	215	206
Anzahl Nationalitäten	6	6
Anzahl Lehrgänge	4	2
Anzahl Dienstjubiläen	34	41
Geschlechterverhältnis (F - M)	74% - 26%	69% - 31%

Investitionen in Nachwuchsentwicklung

Per Mitte 2023 tritt die neue kaufmännische Grundbildung in Kraft. In Vorbereitung darauf waren die HR-Verantwortlichen innerhalb der SID gefordert, die Einsatz- und Lehrpläne der Lernenden zu überprüfen und die Ausbildung inhaltlich auf die künftigen Anforderungen auszurichten. Um neben den an die Lernenden gerichteten auch die betrieblichen Anforderungen optimal gewährleisten zu können, koordinierten die Ämter der SID die Reformumsetzung im Projekt «Lehre@SID». Zukünftig werden neue Lernende innerhalb der SID in mehreren Ämtern ausgebildet, niemand verbleibt während der drei Jahre dauernden Ausbildung im selben Amt.

Um auch den Nachwuchs für die Aufgaben des ABEV zu begeistern, schrieb HR im zurückliegenden Jahr erstmals ein breiteres Angebot für den Zukunftstag aus. Im Zuge dessen hatten zahlreiche Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, das ABEV genauer kennenzulernen: So erhielten in den vornehmlich weiblich geprägten Funktionen in HR und den Zivilstandsämtern zahlreiche junge Männer einen beruflichen Einblick, während auf der anderen Seite junge Frauen die Aufgaben von Führungskräften kennenlernten.

Bewilligte Weiterbildungen ABEV (Total/Jahr)

	2022	2021
Bewilligte Weiterbildungen	181	112
Nettokosten bewilligte Weiterbildungen	CHF 186'900	CHF 119'845

Vorbereitung auf Verordnungsrevision und Rückblick

Gegen Jahresende erfolgten im Bereich HR intensive Vorbereitungsarbeiten und Anpassungen von Weisungen, internen Dokumenten und Intranet-Inhalten im Zusammenhang mit der Revision der Personalverordnung per Anfang 2023. Die Verordnungsrevision betrifft die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ABEV insbesondere in den Bereichen Arbeitszeit und Spesen. Ebenfalls erfolgte im Rahmen der Verpflichtung zu einer fairen, leistungsbezogenen und transparenten Gehaltspolitik eine Anpassung sämtlicher Richtpositionsumschreibungen (RPU). Die bisherigen Beschreibungen werden bis Ende 2024 in mehreren Etappen ersetzt. Das Ziel dabei ist einerseits, neben trennscharfen Funktions- und Aufgabenbeschreibungen über eine geschlechtsneutrale Bezeichnung sprachliche Zugänglichkeit zu gewährleisten.

Das zurückliegende Jahr war geprägt vom intensiven Ausbau der ABEV-internen Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme, der Förderung interkultureller Kompetenzen, der Stärkung unserer Führungskultur sowie der Vorbereitung auf gesetzliche Veränderungen im HR-Bereich. Die gemeinsamen Fortschritte spornen dazu an, die Entwicklung der ABEV-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter auch zukünftig voranzutreiben und ihnen bestmögliche Unterstützung zu bieten.

4. Migrationsdienst (MIDI)



2022 wurden im Ausländerbereich und im Kundenzentrum Prozessanalysen und – wo bereits möglich – organisatorische Anpassungen umgesetzt, parallel trieben die Abteilungen die Vorbereitungsarbeiten für ein übergreifendes MIDI-Reporting gemeinsam voran. Im Migrations- und Nothilfereich wirkten sich der Ukraine-krieg und der massive Anstieg der Asylgesuche direkt aus.

Vielfältige Dienstleistungen im Kundenzentrum

Die Bewältigung der tagesaktuellen Postverarbeitung wurde aufgrund der ausserordentlichen Zunahme an Posteingängen durch die Einführung des Schutzstatus S vor eine grosse Herausforderung gestellt: Dies zeigt sich allein daran, dass die Zahl der 2022 verarbeiteten Posteingänge massiv anstieg (2022: 188'295, 2021: 164'014, Differenz von 24'281 Posteingängen), eine ähnliche Entwicklung zeigte sich im Bereich der verarbeiteten E-Mails (2022: 63'655, 2021: 52'964, Differenz von 10'691 E-Mails). Ungeachtet dessen stellten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kundenzentrums sicher, dass die physische Post stets am Tag des Eingangs in die Fachapplikation NFAM eingescannt wurde und die davon abhängigen Arbeitsabläufe uneingeschränkt wahrgenommen werden konnten.

Auch im Callcenter war der Auslastungsanstieg mit fast 50'000 Anrufen deutlich spürbar. Um diese Entwicklung einzudämmen und der zunehmenden Pendenzlast entgegenzuwirken, schloss das Callcenter ab Mitte Juli im Sinne einer zeitlich begrenzten Sofortmassnahme jeweils am Montag- und Freitagnachmittag.

Während die Ausstellung der – bis Jahresende rund 7'000 – Ausweise für Schutzbedürftige beim PID lag, war das Kundenzentrum gerade zu Beginn stark in den Prozess involviert: Um eine Überlastung der einzelnen Ausweiszentren zu vermeiden, verteilte das Kundenzentrum die Termine zur Erfassung der Biometriedaten in enger Abstimmung mit dem PID sowohl zeitlich wie auch örtlich gleichmässig. Trotz der gerade zu Jahresbeginn massiven Zuweisungszahlen leistete das ABEV so abteilungsübergreifend einen positiven Beitrag zur Ankunft der ukrainischen Schutzbedürftigen im Kanton Bern.

Neben der Einführung des Schutzstatus' gab es im zurückliegenden Jahr weitere Herausforderungen, die das Kundenzentrum erfolgreich bewältigte: Neben der hohen Anzahl Asylgesuche und dem damit zu administrierenden Zuweisungsanstieg von Personen mit Wegweisungsentscheid verarbeitete das Kundenzentrum kontinuierlich Strafsachen. Auch die infrastrukturell-organisatorischen Arbeiten im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Nothilfe für privat Untergebrachte beanspruchten den Bereich gegen Jahresende stark.

Kennzahlen Ausländerbereich (Total/Jahr)

	2022
Erstellen / Mutationen Ausweis Ci	43
Erstellen / Mutationen Ausweis L	7'057
Erstellen / Mutationen Ausweis B	32'139
Erstellen / Mutationen Ausweis C	24'131
Erstellen / Mutationen Ausweis G	3'774
Rechtliche Negativverfügungen	1'132

Anstieg der Gesucheingänge und Prozessanalyse im Ausländerbereich

Dank der Aufstockung der Personalressourcen im Bereich Z&I im Jahr 2021 konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Pendenzzahl auf stabilem Niveau halten. Da die Gesucheingänge mit Ausnahme des Arbeitsbereichs Einreise- und Aufenthaltsgesuche Ende Sommer und im Herbst stark zunahm, ergriff der Bereich – etwa mit der Anordnung von Mehreinsätzen – kurzfristige Massnahmen, um der erhöhten Arbeitslast gerecht werden zu können. Gesamthaft stellte die volatile Situation im Migrationsbereich und die kontinuierlichen Weisungsanpassungen auf Bundesebene die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller vier Dienste auch im vergangenen Geschäftsjahr vor, grosse Herausforderungen. Dank der hohen Leistungsbereitschaft und Flexibilität aller Betroffenen konnte den Anforderungen aber stets flexibel und zeitnah entsprochen werden. Im Vordergrund standen dabei stets die qualitative Dienstleistungserfüllung und die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen seit Einführung des neuen Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) und der damit verbundenen Leitentscheide im Zusammenhang mit der Prüfung ausländerrechtlicher Massnahmen entschloss sich Z&I im zurückliegenden Jahr, sämtliche Aufgaben und Prozesse des gesamten Bereichs einer inhaltlichen und prozessualen Überprüfung zu unterziehen. Diese zielt darauf ab, eine bestmöglich auf die neue Gesetzgebung, effiziente und von klaren Verantwortlichkeiten geprägte Arbeitsweise sicherzustellen. Zu diesem Zweck bildeten die Bereichsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter Arbeitsgruppen, um die bestehenden Abläufe kritisch zu analysieren und gegebenenfalls neu zu gestalten. Durch die enge Zusammenarbeit und den regen Austausch in den Arbeitsgruppen konnten wichtige Erkenntnisse gewonnen und wertvolle Erfahrungen ausgetauscht werden. Auf dieser Grundlage wird im Jahr 2023 die endgültige Umsetzung mittels einer neuen Struktur und entsprechend optimierter Prozesse erfolgen.

Intensivierung, dann Blockade des Wegweisungsvollzuges

Mit dem fast vollständigen Wegfall der COVID-19-bedingten Reisebeschränkungen normalisierte sich der Wegweisungsvollzug von Personen mit negativem Asylentscheid im zurückliegenden Jahr weiter. Als direkte Auswirkung nahm auch der administrative Aufwand im Zusammenhang mit der Umsetzung der 2021 eingeführten Testabnahme zur Sicherstellung des Wegweisungsvollzugs nach Art. 72 AIG spürbar ab. Trotz des Abbaus der pandemiebedingten Einschränkungen sind die Kantone verpflichtet, die Quartalszahlen bis zum definitiven Auslaufen der COVID-19-Testpflicht am 30. Juni 2024 zu erheben.

Während sich die Zuweisung von Schutzbedürftigen im Jahresverlauf entspannte, nahm die Zuweisung im regulären Asylbereich parallel stark zu. In der Folge stieg die Auslastung der Bundesstrukturen sprunghaft an, gegen Jahresende zeichnete sich eine Überfüllung der Zentren ab. Auch im Kanton machte sich die Entwicklung mit im Jahresverlauf stabilen Personenbeständen im Bereich der Nothilfe bemerkbar (jeweils im Januar, Juni und Dezember 2022 rund 600 Personen). Im Sinne einer zeitlich begrenzten Sofortmassnahme veranlasste der Bund die vorzeitige Zuweisung von Personen mit Dublin-Entscheid an die Kantone. Die Kurzfristigkeit dieser Anordnung stellte das ABEV vor grosse Herausforderungen im bereits angespannten Unterbringungsreich. Da der Wegweisungsvollzug aufgrund der Aussetzung der Rückübernahme von Dublin-Fällen durch Italien gegen Jahresende blockiert war, blieb der durchschnittliche Personenbestand in der Nothilfe auch zum Jahresende hin hoch.

Bestand Nothilfebeziehende (Total per 31.12.2022)

Unterbringungsart	Total
Rückkehrzentren (RZB)	308
RZB Aarwangen	99
RZB Bellelay	21
RZB Enggstein	38
RZB Eschenhof	94
RZB Konolfingen	56
Kollektivunterkunft	32
Wohnung 2.Phase	17
Privatperson	138
Sonderunterbringung / Wohnheim	4
Spital- und Klinikaufenthalt	6
Administrativhaft	14
Strafvollzug	53
Untersuchungshaft	12
Total	584

Inbetriebnahme neuer Rückkehrzentren

Im zurückliegenden Geschäftsjahr 2022 nahm der MIDI zwei neue Rückkehrzentren für Familien und alleinstehende Frauen in Betrieb – zu Jahresbeginn in Enggstein, im Sommer das Zentrum in Bellelay für französischsprachige Personen mit Wegweisungsentscheid. Die Infrastruktur der Unterkünfte richtet sich bestmöglich an den Bedürfnissen der in ihnen untergebrachten Personen aus: So stehen neben separaten Spiel- und Lernzimmern für Kinder und Jugendliche auch gesonderte Aufenthaltsräume nur für Frauen zur Verfügung. In Abstimmung mit dem ABEV arbeitet die Betreuungsdienstleisterin ORS zusätzlich mit der Kinderrechtsorganisation «Save the Children» zusammen, um das bestehende Angebot für Kinder und Jugendliche kontinuierlich zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen. Wie in den anderen Unterkünften ermöglicht der Kanton auch in den Familienzentren den Zugang von Seelsorger- und Freiwilligenorganisationen.

Als Folge der vorzeitigen Zuweisung von Dublin-Fällen musste der MIDI in Ermangelung oberirdischer Alternativen zum Jahresende die Inbetriebnahme der unterirdischen Anlage in Bern-Brünnen planen. Ab Anfang 2023 wird die Anlage für die Unterbringung von maximal hundert Einzelpersonen mit Wegweisungsentscheid genutzt, ausgeschlossen ist die Platzierung von Frauen und Familien mit Kindern. Da die Anlage auf einem Privatgelände liegt und die Nutzung des Zentrums auf gewisse Vorbehalte bei der Stadt Bern stösst, sieht der MIDI für die Dauer des befristeten Betriebs die Durchführung von regelmässigen Runden Tischen vor. Deren Ziel ist es, unter Einbezug aller betroffenen Behörden und Interessengruppen einen möglichst optimalen und störungsfreien Zentrumsbetrieb zu gewährleisten.



5. Pass- und Identitätskartendienst (PID)

Mit der Aufhebung beinahe aller pandemiebedingten Reisebeschränkungen im Frühjahr 2022 stieg das Antragsvolumen im PID auch im Vergleich zum Vorjahr nochmals stark an. Akzentuiert wurde diese Entwicklung durch die Ausstellung von Ausweisdokumenten für ukrainische Schutzbedürftige. Durch die Erhöhung der Terminverfügbarkeit und die Inbetriebnahme eines Pop-up-Ausweisentrums konnte der hohen Nachfrage aber entsprochen werden.

Weiterhin überdurchschnittlich hohes Antragsvolumen

Im Frühjahr 2022 fielen in fast allen Ländern die noch bestehenden COVID-Einschränkungen, die damit verbundene Zunahme der Reisefreudigkeit der Kundinnen und Kunden war im PID unmittelbar spürbar: In den meisten Monaten wurden überdurchschnittlich viele Ausweise beantragt, wobei insbesondere bei den Passbestellungen gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Zunahme verzeichnet werden konnte (2022: 75'221, 2021: 55'875, 2020: 39'911). Insgesamt stellte der PID im zurückliegenden Jahr über 240'000 Ausweisdokumente aus, was ein Allzeithoch darstellt.

Ausgestellte Ausweisdokumente (Total/Quartal)

	Q1	Q2	Q3	Q4	Total
2022	52'507	77'594	61'864	48'581	240'546
2021	39'263	52'722	63'964	45'759	201'708

Antragsvolumen (Total/Quartal)

	Q1	Q2	Q3	Q4	Total
2022	37'232	56'504	45'863	36'231	175'830
2021	29'436	38'524	47'525	34'786	150'271

Im Jahr 2022 sprachen in den sieben Ausweiszentren gesamt- haft 175'830 Personen für die Ausstellung eines Schweizer Reisedokumentes, die Erfassung von biometrischen Daten für die Erstellung eines Ausländerausweises, für ein Reisepapier des Staatssekretariats für Migration (SEM) oder für einen S-Ausweis vor – auch dies ein Spitzenwert. Gegenüber dem Pandemiejahr 2020 entspricht dies fast einer Verdoppelung des Vorsprachevolumens (90'076). Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete die Kundengruppe «EU/EFTA» einen leichten Rückgang (2022: 27'305 Vorsprachen, 2021: 30'549), wobei ein Drittel aller Anträge für EU/EFTA-Staatsangehörige im Ausweiszentrum Biel gestellt wurde.

Das gesamte Antragsvolumen liegt damit nochmals deutlich über demjenigen des Vorjahres. Der PID konnte auch in Zeiten mit grosser Nachfrage stets eine hohe Terminverfügbarkeit gewährleisten. Deshalb mussten insbesondere in den Hochsaisonmonaten von Juni bis Oktober deutlich weniger provisorische Pässe ausgestellt werden als noch im Vorjahr (2022: 1'432, 2021: 2'726). In der Konsequenz verringerte sich nicht nur der administrative Aufwand des PID, auch für die Kundinnen und Kunden konnte der Antragsprozess aufgrund der hohen Terminverfügbarkeit optimal gestaltet werden. Wie in den Vorjahren waren die Jahresarbeitszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewissen Schwankungen unterworfen, wobei der Spitzenwert im Jahr 2022 fast passgenau dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre entsprach.

Weiterer Rückgang telefonischer Terminreservierungen

Wie schon in den Vorjahren nahm der Anteil von Internet-Terminreservierungen von Schweizerinnen und Schweizern gegenüber telefonisch getätigten nochmals deutlich zu (2022: 74.1 % aller Reservierungen, 2021: 71.2 %). Mit Blick auf die Wahrnehmung seiner operativen Kernaufgaben entlastete diese Entwicklung den PID spürbar.

Ausweiserstellung für ukrainische Schutzbedürftige

Mit dem Ausbruch des Ukrainekrieges suchten innert weniger Wochen zehntausende Ukrainerinnen und Ukrainer Schutz in der Schweiz, wovon bis Jahresende deutlich über 8'000 Personen dem Kanton Bern zur Unterbringung und Betreuung zugeteilt wurden. Der PID sah sich im Zuge dessen mit der grossen Herausforderung konfrontiert, die biometrischen Daten von knapp 7'000 Betroffenen zu erfassen und provisorische Ausweisdokumente auszustellen. Zu Beginn war diese Aufgabe aufgrund der hohen Zahl der bei Privaten untergebrachten Personen, der damit einhergehend schwierigen Kontaktaufnahme und der noch nicht eingespielten Prozesse zwischen Bund, Kanton und Gemeinden fordernd. Gerade auch aus Ressourcenperspektive war der PID während dieser Zeit stark beansprucht: Alleine in den Monaten April und Mai 2022 lag der Anteil ukrainischer Schutzbedürftiger am gesamtkantonalen Vorsprachevolumen bei 11 % resp. 12 %

- ein Wert, der dem kumulierten Vorsprachevolumen der beiden Ausweiszentren Interlaken und Langenthal entspricht.

Unter diesem Eindruck leitete der PID umfassende Massnahmen ein: Einerseits wurden die Terminverfügbarkeiten für Schutzsuchende auf die Gesuchzahlen abgestimmt und erhöht; andererseits wurde in den Monaten März bis September im AZ Thun ein Pop-up-Zentrum in Betrieb genommen, in dem ausschliesslich Anträge von ukrainischen Schutzsuchenden bearbeitet wurden. Im späteren Jahresverlauf konnte der Vorspracheprozess für S-Ausweise erfolgreich auf die sieben Ausweiszentren des Kantons Bern überführt werden. Durch diese Auslagerung konnten die S-Ausweise effizient und zeitnah ausgestellt und parallel eine hohe Terminverfügbarkeit für die Beantragung von Schweizer Ausweisen und Ausländerausweisen garantiert werden.

Neue Erfassungslösungen in den Ausweiszentren

Im Verlauf der Monate Mai bis November 2022 wurden sämtliche Ausweiszentren des PID mit den neuen Erfassungslösungen des Bundes ausgestattet. Bereits nach den ersten Betriebserfahrungen zeigte sich, dass das neue System durch den Einsatz von Piktogrammen und einer benutzerfreundlichen Bedienung wie erhofft mehr Klarheit in die Kommunikation mit den Kundinnen und Kunden bringt. Im Vergleich zur Vorgängerlösung wurde auch die Bildqualität deutlich verbessert und die durchschnittliche Prozessdurchlaufzeit verkürzt.

Als herausfordernd stellte sich das Fotografieren von Babys und Kleinkindern heraus. Mit Kreativität und die für Eltern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestmögliche Variante im Blick konnte der PID zusammen mit der IT und Logistik eine eigene und deutlich kostengünstigere Lösung zur Verfügung stellen und an allen sieben Standorten zum Einsatz bringen.

Kontinuierlicher Verbesserungsprozess

Im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses hat der PID auch 2022 umfassende Prozessanalysen und dahingehend gezielte Optimierungen vorgenommen. Mit diesen auf die Kundenbedürfnisse abgestimmten Massnahmen leistet der PID einen wichtigen Beitrag zu einer effizienten, prozessorientierten und zunehmend digitalen Verwaltungsführung.



6. Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst (ZBD)

Wie im Vorjahr verzeichneten die sieben Zivilstandsämter eine überdurchschnittlich hohe Anzahl Geschäftsfälle. Aufgrund der Umsetzung von Praxisänderungen – so etwa der Einführung der «Ehe für alle» und der Möglichkeit zur Geschlechtserklärung – nahm die Zahl der betreffenden Zivilstandsereignisse zu. Gleichzeitig verzeichnete auch die Aufsichtsbehörde insbesondere in den Fachbereichen Ausländereignisse und ordentliche Einbürgerungen rekordhohe Zahlen. Aufgrund der umfassenden organisatorischen Vorbereitung des ZBD konnten diese überdurchschnittlichen Mehraufwände mit den bestehenden Personalressourcen aufgefangen werden.

Zurückgehende Geburtenzahlen, Zunahme Todesfälle

2022 beurkundeten die Zivilstandsämter (ZA) 46'118 personenstandsrelevante Geschäftsfälle, was deutlich über dem 15-jährigen Schnitt lag (Plus von 2'108 Fällen). Im gleichen Zeitraum erstellten die ZA über 92'000 (2021: 90'958) kostenpflichtige Auszüge und Urkunden.

Die beurkundeten 10'269 Geburten lagen leicht unter dem Mehrjahresschnitt und deutlich unter den Werten des Vorjahres (2021: 11'354). Zusätzlich verzeichnete der ZBD 10'516 Todesfälle, ein auch im Mehrjahresvergleich hoher Wert, der noch über dem des Pandemiejahres 2020 lag (10'401 Todesfälle).

Wie 2021 registrierte der ZBD auch 2022 einen positiven Geburtensaldo, wenngleich dieser mit 247 Personen geringer ausfiel als im Vorjahr.

Von ZA erstellte Auszüge und Urkunden (Total/Jahr)

	2022	2021
Auszüge Infostar / Papierregister	43'525	38'188
Heimatscheine	27'124	26'676
Familienscheine	3'391	3'627
Ausweise regist. Familienstand	18'463	17'746
Total	92'503	86'237

Leicht sinkende Anzahl Kindsanerkennungen

Entgegen dem Trend der Vorjahre nahm die Anzahl der Kindsanerkennungen mit 2'613 Beurkundungen leicht ab (2021: 2'715 Fälle). Im Vergleich zum Jahr 2005 verzeichnet der ZBD aber nach wie vor eine Verdopplung der Fallzahlen, was zu einem kontinuierlichen Mehraufwand seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZBD geführt hat.

	2022	2021	2020	2019
ZA Bern-Mittelland	1'200	1'191	1'244	1'164
ZA Emmental	189	191	185	184
ZA Jura bernois	150	166	152	114
ZA Oberaargau	174	198	157	175
ZA Oberland Ost	94	103	120	118
ZA Oberland West	303	321	293	287
ZA Seeland	503	545	478	487
Total	2'613	2'715	2'629	2'529

Durchführung von Ehevorbereitungsverfahren

Im Rahmen seines Kernauftrags stellt der ZBD die Durchführung von Ehevorbereitungsverfahren zwecks administrativer Vorbereitung der Eheschliessung sicher. Das Verfahren umfasst unter anderem die Klärung der Erfüllung der rechtlichen Voraussetzungen durch die zukünftigen Eheleute. Wie im Vorjahr lag der Anteil von Paaren mit mindestens einer Person ausländischer Herkunft bei etwas mehr als einem Drittel aller Ehevorbereitungen und Vorverfahren zur eingetragenen Partnerschaft. Der ZBD führte 2022 gesamthaft 4'222 Ehevorbereitungsverfahren durch.

Eheschliessungen und Einführung der Ehe für alle

Die Zivilstandsbeamtinnen und -beamten des ZBD führten im Jahr 2022 4'267 Trauungen für heterosexuelle Paare durch. Im Bereich der Eheschliessungen trat per 1. Juli 2022 eine Gesetzesänderung in Kraft, die wesentlichen Einfluss auf die Arbeit des ZBD hat: Seit diesem Datum können gleichgeschlechtliche Paare heiraten und ihre eingetragene Ehe umwandeln; gleichzeitig verfällt mit diesem Stichtag die Möglichkeit, eine eingetragene Partnerschaft beurkunden zu lassen. Im Kanton Bern wandelten 2022 262 Paare ihre eingetragene Partnerschaft in eine Ehe um, 65 gleichgeschlechtliche Paare traten in den Bund der Ehe ein.

Anzahl Trauungen (eingetragene Partnerschaften) nach ZA (Total/Jahr)

	2022	2021	2020	2019	2018
ZA Bern-Mittelland	1'520 (11)	1'485 (31)	1'534 (23)	1'556 (36)	1'697 (27)
ZA Emmental	385 (0)	427 (2)	430 (3)	414 (3)	398 (1)
ZA Jura bernois	143 (0)	162 (1)	154 (3)	127 (2)	170 (3)
ZA Oberaargau	285 (2)	297 (1)	277 (3)	295 (3)	297 (4)
ZA Oberland Ost	304 (0)	298 (7)	309 (4)	319 (4)	324 (5)
ZA Oberland West	868 (1)	831 (7)	739 (9)	772 (8)	802 (7)
ZA Seeland	762 (2)	669 (5)	661 (9)	663 (9)	740 (12)
Total	4'267 (15)	4'169 (54)	4'104 (54)	4'146 (65)	4'428 (65)

Rund die Hälfte aller Trauungen (2'195) fand 2022 in den ordentlichen Trauungslokalen und ein Viertel (1'228) in Zeremonielokalen ausserhalb der Zivilstandsämter (ZaZ) statt. Hinzu kam ein weiteres Viertel der Trauungen (1'176), die direkt nach Abschluss des Ehevorbereitungsverfahrens beurkundet wurden. Weitere 8 Eheschliessungen wurden in Spitälern, Gefängnissen oder gesundheitsbedingt im privaten Rahmen durchgeführt. Das Trauungstotal nahm aufgrund der Gesetzesanpassung im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zu, während die Beurkundung eingetragener Partnerschaften parallel abnahm. Zwischen Ostern und Oktober 2022 wurden rund 6 % aller Trauungen an Samstagen durchgeführt.

Inklusive des Schlosses Bümpliz verteilten sich die 1'228 Trauungen in ZaZ im gesamten Kantonsgebiet auf 24 externe Lokale. Die zur Verfügung stehenden Termine wurden in keinem ZaZ vollständig genutzt. Standortbezogen lag die Auslastung zwischen 21 % und 97 %, durchschnittlich bei 67 % (2021: 73 %). Abgestützt auf die Motion 155-2019 Grimm «Mehr Trauungen in externen Zeremonielokalen» wurden 2022Nei in den Monaten Mai bis September sowie im Winter zusätzliche Termine angeboten. Dass diese – wie vom ABEV prognostiziert – nicht komplett gebucht wurden, ist ursächlich für den Rückgang der durchschnittlichen Auslastung der ZaZ.

	2022	2021	2020	2019	2018
ZA Bern-Mittelland	61	61	61	61	61
ZA Emmental	8	8	8	8	8
ZA Jura bernois	7	7	7	7	7
ZA Oberaargau	11	11	11	11	11
ZA Oberland Ost	6	6	6	6	6
ZA Oberland West	18	18	18	18	18
ZA Seeland	29	29	29	29	29
Total	140	140	140	140	140

Geschlechtserklärungen in ZA

Seit dem 1. Januar 2022 ist es möglich, in den ZA eine Geschlechtserklärung abzugeben: Personen, die sich nicht dem im Personenstandsregister eingetragenen Geschlecht zugehörig fühlen, können gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklären, dass sie den Eintrag ändern lassen wollen. Menschen mit Transidentität oder einer Variante der Geschlechtsentwicklung können ihr Geschlecht und ihren Vornamen im Personenstandsregister so rasch und unbürokratisch ändern.

Dokumente können neu online bezahlt werden

Seit dem 1. Dezember 2023 können Kundinnen und Kunden nicht nur Zivilstandsdokumente online bestellen, sondern diese auch online bezahlen. Im ersten Monat wurde so bereits für 1'482 Dokumente die Rechnungsstellung eingespart.

Anzahl Geschlechtserklärungen nach ZA (Total / Jahr)

	2022
ZA Bern-Mittelland	61
ZA Emmental	8
ZA Jura bernois	7
ZA Oberaargau	11
ZA Oberland Ost	6
ZA Oberland West	18
ZA Seeland	29
Total	140

Hohe Bewilligungsquote für Namensänderungen

Im zurückliegenden Jahr reichten 634 Personen Gesuche um Namensänderung ein (324 Gesuche um Familiennamens-, 310 um Vornamensänderung, davon 20 Gesuche von transidenten Personen). Die Anzahl eingereichter Gesuche war in den letzten Jahren somit konstant. Das Team Namensänderungen entschied über 622 Gesuche, wovon 533 bewilligt werden konnten (Bewilligungsquote: 86 %), Beschwerden zu Entscheiden des Teams wurden keine eingereicht.

Hohe Anzahl ordentlicher Einbürgerungen täuscht

2022 wurden 2'906 ausländische Personen ordentlich eingebürgert (1'316 in Familien; 856 volljährige und 734 minderjährige Einzelpersonen). Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf einen pandemiebedingten Antrags- und Bearbeitungsstau auf allen föderalen Stufen zurückzuführen, der 2022 sukzessive abgearbeitet werden konnte. 2021 sind mit 1'611 72 Gesuche weniger eingelangt als im Vorjahr. Das Team Bürgerrecht schrieb 54 Gesuche nach deren Rückzug ab, 17 weitere mussten abgewiesen werden. Auf ein Gesuch konnte nicht eingetreten werden.

Als Einbürgerungsbehörde hat der ZBD Zugriff auf das vollautomatisierte Strafregister VOSTRA und kann bei Anfragen der bernischen Gemeinden prüfen, ob ein Eintrag ins Strafregister – und somit auch ein allfälliges Einbürgerungshindernis – vorliegt. Von dieser Möglichkeit machten die Gemeinden 2022 in 886 Fällen Gebrauch.

Ordentliche Einbürgerungen OE (Total Personen/Jahr)

	2022	2021	2020	2019	2018
OE	2'906	1'728	2'218	1'763	1'943

Der ZBD prüfte 2022 1'046 Entscheide über eine erleichterte oder Wiedereinbürgerung, wovon er 886 zur Beurkundung an die ZA weiterleitete. In Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei übermittelte die Aufsichtsbehörde dem SEM 580 Erhebungsberichte für die erleichterte Einbürgerung von im Kanton wohnhaften Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern. Weiter entliess der ZBD 2021 56 Personen auf deren Gesuch hin aus dem Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht und 12 weitere aus dem Schweizer Bürgerrecht.

Neue Rekordmenge an Zivilstandsereignissen aus dem Ausland

Der Aufsichtsbehörde wurden 2022 6'162 Zivilstandsereignisse aus dem Ausland gemeldet – Geburten, Eheschliessungen, Namensänderungen etc. –, die zwecks Anerkennung für den Schweizer Rechtsbereich beurteilt werden mussten. Seit 2022 werden die Dossiers mit reinen Auslandsbeteiligungen gesondert erfasst (243 Dossiers). Per Ende 2022 waren 1'166 Fälle pendent. Dies war unter anderem darauf zurückzuführen, dass noch nie so viele Akten eingereicht wurden wie 2022. Zudem wurden im kleinen Team neue Mitarbeiterinnen eingeführt.

Registerharmonisierung mit GERES

Die Zivilstandsämter und die Aufsichtsbehörde beschäftigten sich 2022 mit der Registerharmonisierung der Einwohnerkontrollen. Dies erhöhte die Anzahl an Bereinigungsverfahren. Die Aufsichtsbehörde erteilte 527 Bewilligungen zur Erklärung von nicht streitigen Personendaten nach Art. 41 ZGB, 36 Gesuche wurden abgelehnt. Für die kantonalen Gerichte verfasste die Aufsichtsbehörde 30 Stellungnahmen nach Art. 42 ZGB. Die Anzahl Forschergesuche war mit 88 Bewilligungen rückläufig.

Inspektionen zeigen hohe Qualität der Arbeit in ZA

Die Aufsichtsbehörde bearbeitete rund 1'100 Berichtigungsverfahren. Für das Jahr 2022 bedeutet dies eine wiederholt tiefe Quote von 1.09 % Fehlbeurkundungen (2021: 1.07 %) in den bernischen Zivilstandsämtern. Die vier Inspektionen bestätigten dieses Bild.

Impressum

Amt für Bevölkerungsdienste
(ABEV)
Ostermundigenstrasse 99B
3006 Bern
Tel: +41 31 633 55 98
info.abev@be.ch

www.be.ch/abev

Realisation und finale Redaktion

Abteilungen ABEV und Bereich Controlling Kommunikation und
Recht (CKR)
Ostermundigenstrasse 99B
3006 Bern
Tel: +41 31 633 42 48
ckr.abev@be.ch

www.be.ch/abev